



**PRESSEKONFERENZ**

**DER GRÜNEN THURGAU**

**JAHRESPRESSEKONFERENZ**

DONNERSTAG, 3. MÄRZ 2016  
RESTAURANT GOLDENER BECHER, FRAUENFELD

Aspenstrasse 6  
8580 Sommeri  
Tel: 071 410 06 01  
sekretariat@gruene-tg.ch  
[www.gruene-tg.ch/wahlen](http://www.gruene-tg.ch/wahlen)



## INHALT

Der Thurgau braucht die Grünen .....	2
Drei Gründe Grün zu wählen!.....	3
Energiewende schaffen: Strom ohne Atom.....	4
Integration: Zusammenleben statt ausgrenzen – arbeiten statt Sozialhilfe beziehen.....	5
Kulturland schützen: Lebensqualität erhalten .....	6

## DER THURGAU BRAUCHT DIE GRÜNEN

**Kurt Egger, Präsident Grüne Thurgau**

### **DIE GRÜNEN BETREIBEN EINE VERLÄSSLICHE POLITIK:**

Unsere Themen sind gegeben, wir richten uns nicht nach der Tagesaktualität. Auch fünf Jahre nach Fukushima ist das Thema Atomausstieg bei uns -im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien- noch immer auf der Agenda.

### **DIE GRÜNEN SIND NICHT VERFILZT:**

Die Regierungsparteien fühlen sich gegenseitig verpflichtet und es ist uns gelegentlich schleierhaft, wie gewisse Haltungen der Regierungsräte überhaupt zu Stande kommen (z.B. beim Neubau des Kunstmuseums oder dem Verwaltungsrat des EKT).

### **DIE GRÜNEN VERTRETEN DIE BEVÖLKERUNG:**

Viele Bürgerinnen und Bürger wissen das Gleiche, was wir wissen: in Sachen Nachhaltigkeit müsste dringend etwas geschehen. Das letzte Beispiel sind die Zwillingsinitiativen „Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft“ mit über 5'000 Unterschriften. Der Regierungsrat empfiehlt jedoch, die Gesetzesinitiative für ungültig zu erklären.

### **WAHLEN 2016**

Als Wahlziel streben die Grünen Thurgau weiterhin 9 Sitze im Grossen Rat an. Zudem möchten die Grünen wieder fünftstärkste Partei im Kanton werden.

Thematisch liegen die Schwerpunkte

- in der Energiepolitik: Basisangebot erneuerbare Energien, Förderabgabe auf dem Strom, Ausstieg aus der Atomenergie, Verbot von Elektroheizungen.
- bei den Flüchtlingen: Ausbau der Arbeitsintegration mit Unterstützung von Betrieben und Gemeinden, die vorbildlich integrieren sowie Abbau der administrativen Hürden.
- In der Raumplanung: Konsequente Umsetzung des Raumplanungsgesetzes, Bereitstellung des benötigten Raumes für Fliessgewässer, Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Bundes im Kanton Thurgau.



## DREI GRÜNE GRÜN ZU WÄHLEN!

**Katharina Winiger, Fraktionspräsidentin, Grüne Thurgau**

**Nachhaltigkeit** ist unsere Vorgabe. Dies meint eine Entwicklung, die sicherstellt, dass künftige Generationen nicht schlechter gestellt sind, ihre Bedürfnisse zu befriedigen als wir selber. Dazu gehören eine aktive Klimapolitik, ein wirkungsvoller Artenschutz und eine sorgsame Raumplanung.

**Ewig die gleichen Themen!** Braucht es die Grünen denn eigentlich noch? Unsere Themen finden immer weniger Gehör: die Finanzen sind zum dominierenden Aspekt in der Thurgauer Politik geworden und die Freiheit von Wirtschaft und Gemeinden gehen über alles, auch wenn es teuer wird.

### 1. DIE GRÜNEN BETREIBEN EINE VERLÄSSLICHE POLITIK

Unsere Themen sind gegeben, wir richten uns nicht nach der Tagesaktualität.

Auch wenn Fukushima ziemlich genau 5 Jahre zurückliegt, ist das Thema bei uns noch immer auf der Agenda – die Gefahr durch die Atomkraft ist nicht kleiner geworden.

Wir haben kein grünes Mäntelchen, das wir je nach Grosswetterlage wieder weglegen – wir handeln entsprechend unsern Überzeugungen. **Nicht wie andere Parteien.** Raten Sie, von welchen Websites die folgenden Zitate\* stammen:

- Die Energie- und Verkehrspolitik muss sich in den Dienst des Klimaschutzes stellen. Wir wollen mit der Energiewende auch die Abkehr von den fossilen Energieträgern erreichen und dadurch die Verminderung der ausgestossenen Treibhausgase bewirken.
- Partei X will den Umbau der Energieversorgung.
- Die Fruchtfolgeflächen sind in ihrem Bestand zu erhalten. Neuer Wohnraum ist primär durch verdichtetes Bauen auch in der Höhe und Tiefe sicherzustellen. Einzonungen neuer Gebiete sind nur bei unfruchtbarem Kulturland vorzunehmen.

### 2. DIE GRÜNEN SIND NICHT VERFILZT

Die Regierungsparteien fühlen sich gegenseitig verpflichtet und es ist uns gelegentlich schleierhaft, wie gewisse Haltungen der Regierungsräte überhaupt zu Stande kommen. Geschichten, wie z.B. der **Neubau des Kunstmuseums** in der Kartause. So etwas dürfte nicht vorkommen und es braucht dringend Parteien, die auszusprechen wagen, was schief läuft; Parteien, die Sachpolitik machen.

Karieregedanken sind bei den Grünen allerdings fehl am Platz. Am Beispiel **Verwaltungsrat EKT** zeigte sich, dass von drei Kandidaten der beste nicht gewählt wurde, er gehört nicht zu einer Regierungspartei – nicht zum Filz!

**Grüner Gegenwind ist dringend notwendig!**

### 3. DIE GRÜNEN VERTRETEN DIE BEVÖLKERUNG

Viele Bürgerinnen und Bürger wissen eigentlich das Gleiche, was wir wissen, nämlich, dass dringend etwas in Sachen Nachhaltigkeit geschehen müsste. Deshalb sind Initiativen für uns ein starkes Mittel, unsere Anliegen am Politestablishment vorbei zu stärken. Das letzte Beispiel sind die Zwillingsinitiativen „**Ja zu einer intakten Thurgauer Kulturlandschaft**“. Wie bei andern grünen Anliegen auch waren die Unterschriften leicht zu erhalten. Der Regierungsrat empfiehlt, die Gesetzesinitiative für ungültig zu erklären. Auch da setzen wir wieder alles daran, dem ursprünglichen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

**3x Ja!**

Die Grünen braucht es gerade in Zeiten am meisten, in denen sie niemand wirklich will!

\*Die Zitate stammen von der Homepage der (1) CVP, 27.09.13, (2) FDP. Die Liberalen, 18.04.12 und (3) SVP, 20.08.12



## **ENERGIEWENDE SCHAFFEN: STROM OHNE ATOM**

**Kurt Egger, Präsident Grüne Thurgau**

### **DER KANTON THURGAU GERÄT IN RÜCKSTAND**

Der Kanton Thurgau hat eine fortschrittliche Energiepolitik mit einem gut ausgebauten Energieförderprogramm. Als ländlicher Kanton hat der Kanton Thurgau gute Voraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien wie Photovoltaik und Biomasse. Um die Energiestrategie 2050 umzusetzen sind allerdings die Massnahmen deutlich zu verstärken und schneller umzusetzen. Im Kanton Thurgau wehren sich die bürgerlichen Parteien zunehmend gegen energiepolitische Anliegen. Die Grünen sind fast die Einzigen, die sich noch aktiv für die Energiewende einsetzen. Der Kanton verliert damit seine Spitzenposition.

### **BASISANGEBOT**

Bereits im Rückstand sind wir beim Basisangebot. Die umliegenden Kantone ZH und SG haben das bereits. Beim Basisangebot wird den Stromkunden 100% erneuerbare Energie geliefert. Wer Atomstrom will, muss diesen aktiv bestellen. Der Regierungsrat schlägt dieses Modell nun vor. Wir hoffen, dass dies im Grossen Rat eine Mehrheit findet.

### **INVESTITIONSFÖRDERABGABE**

Bei der Investitionsförderabgabe hat der Regierungsrat vor den bürgerlichen Parteien und den Wirtschaftsverbänden kapituliert. Die Abgabe ist ein Stromzuschlag für die Förderung des Stromsparens und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Die Wirtschaft wäre nicht weiter belastet worden. Die Abgabe war im Konzept „Strom ohne Atom“, welches vom Grossen Rat positiv aufgenommen wurde, vorgeschlagen. Aufgrund der Vernehmlassung hat der Regierungsrat diese Abgabe aus dem Gesetz gekippt.

### **AXPO**

Wir haben bereits vor zwei Jahren die überrissenen Investitionen in Beznau kritisiert. Inzwischen ist das eingetreten, wovon wir seit langem gewarnt haben. Beznau I steht über ein Jahr still. Ob es je wieder ans Netz gehen wird, ist unklar.

Im Herbst 2016 wird die Bevölkerung über die Atomausstiegsinitiative abstimmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Initiative angenommen wird. Offensichtlich kann nur der Druck von der Basis ein Umdenken bewirken. Dies ist nicht weiter erstaunlich, ist doch der Axpo-Verwaltungsrat fast ausschliesslich mit Mitgliedern der FDP und der SVP zusammengesetzt.

### **VORSCHRIFTEN IM ENERGIEBEREICH**

In den nächsten Jahren steht die Erneuerung des Energiegesetzes des Kantons Thurgau an. Die MuKE (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich), welche von den Schweizer Energiedirektoren verabschiedet wurden, sollen in möglichst allen Kantonen umgesetzt werden. Die MuKE sind ein Teil der Energiestrategie 20150. Wir fordern, dass diese im Kanton Thurgau konsequent umgesetzt werden. Insbesondere sind uns wichtig:

- ein Verbot von Elektro-Direktheizungen und Elektroboilern
- eine Verpflichtung des Einsatzes von erneuerbaren Energien beim Ersatz von Ölheizungen und
- eine Sanierungspflicht von energetisch schlechten Gebäuden.

## **INTEGRATION: ZUSAMMENLEBEN STATT AUSGRENZEN – ARBEITEN STATT SOZIALHILFE BEZIEHEN**

**Toni Kappeler, Kantonsrat, Münchwilen**

Im Thurgau sind von den 401 vorläufig Aufgenommenen (Flüchtling F) im Erwerbsalter ab 15jährig lediglich 140 erwerbstätig; von den 302 anerkannten Flüchtlingen (Flüchtling B) im Erwerbsalter sind 100 erwerbstätig. Das heisst: Rund 70% sind erwerbslos (Zahlen Ende 2015). Gemäss Bundesamt für Statistik sind rund 80% erwerbslos bzw. Nichterwerbspersonen – und Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger. In der Regel bleiben die nicht Erwerbstätigen für mehrere Jahre in der Sozialhilfe – oder gar dauerhaft.

Die fehlende Integration in unsere Arbeitswelt hat gravierende Folgen:

- Den Betroffenen fehlt eine Tagesstruktur – und die Mehrheit möchte arbeiten!
- Den Betroffenen – in der Regel junge Männer – wird förmlich „antrainiert“, dass es auch ohne Arbeit geht.
- Die „Freizeit“ der Asylpersonen birgt auch gesellschaftlichen Sprengstoff, denn viele Schweizerinnen und Schweizer ärgern sich über die Tatsache, dass sie mit ihrer Arbeit diese „gesunden Schwarzen beim Bahnhof, die nichts tun“ durchfüttern sollen.
- Es geht auch um Millionen: Pro erwerbstätigem Flüchtling spart die öffentliche Hand 32'000 – 38'000.- Fr./Jahr ein (Studie im Auftrag des Bundes). Theoretische Annahme für den Thurgau: Alle Flüchtlinge im Erwerbsalter werden arbeitsintegriert = Entlastung der Sozialhilfe um 16 Mio / Jahr. Und die grosse Mehrheit will ja arbeiten!

### **EINE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE UND FINANZIELLE ZEITBOMBE...**

Aus humanitären, gesellschaftspolitischen und finanziellen Gründen muss erheblich mehr für die Arbeitsintegration der arbeitsfähigen Flüchtlinge getan werden. Ideen gibt es, auch seitens des Bundes.

Ideen – aus meiner Interpellation vom 26. Januar 2016 (die ich allerdings nur als Fragen einreichte):

1. Betrieb A arbeitet x Flüchtlinge ein. Der grössere Aufwand, den geringeren Output an Arbeitsleistung kompensiert die Sozialhilfe, indem 2 Jahre lang der Lohn gesplittet wird: ½ Betrieb, ½ öffentliche Hand. Das ist immer noch günstiger als ein „Vollempfänger“.
2. Der Kanton unterstützt projektbezogen vorbildlich integrierende Gemeinden (Spracherwerb..) und sanktioniert Gemeinden, die deutlich zu wenig tun.
3. Der Kanton verleiht jährlich einen Integrationspreis analog zum Kulturpreis (an Gemeinden, Organisationen, Betriebe).
4. Eine erschwerende, tatsächlich abschreckende Hürde – Betriebe müssen ein Gesuch stellen, wenn sie eine Person im Asylbereich anstellen wollen – wird abgeschafft.
5. Der Kanton beteiligt sich am Pilotprojekt des Bundes zur Flüchtlingslehre.
6. Bei Asylpersonen, die sich nachweislich nicht um Arbeit und Integration bemühen, können die Unterstützungsbeiträge gekürzt werden.
7. Die Koordination zwischen allen beteiligten Departementen und der Wirtschaft wird verstärkt. Der Kanton wirbt offensiv in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Spitälern, Heimen, Gemeinden (siehe auch Pt. 1)



## **KULTURLAND SCHÜTZEN: LEBENSQUALITÄT ERHALTEN**

**Karin Bétrisey, Kantonsratskandidatin, Kesswil**

### **KONSEQUENTE UMSETZUNG DER RAUMPLANUNGSGESETZE**

Im Kanton Thurgau wurden in den letzten zehn Jahren 17,5 Mio. m<sup>2</sup> überbaut, das entspricht mehr als der Fläche der Gemeinde Weinfelden oder ungefähr 35'000 Einfamilienhäusern.

Das neue Raumplanungsgesetz hat griffige Mittel den Landverbrauch zu beschränken, die konsequent angewendet werden sollen. Entgegen der Meinung einiger Gemeindepräsidenten fordern wir die Reduktion der Bauzonen, nötigenfalls auch mittels Rückzonungen. Die stetige Vergrösserung der Bauzonen muss gestoppt werden, indem das Siedlungsgebiet begrenzt wird und nicht bei jeder Richtplanrevision automatisch wieder vergrössert werden kann.

Raumplanung muss regional betrachtet werden. Verdichtetes Bauen - wo sinnvoll - spielt anderenorts Flächen frei für Grünzonen in Städten oder lockeren Übergang in die Landwirtschaftszone im ländlichen Raum. In Zukunft sollen die Bauten möglichst wenig Land verbrauchen. Die Bauzonen sollen gemäss ihren Nutzungsbestimmungen überbaut werden. In mehrgeschossigen Gewerbe- und Industriezonen soll zum Beispiel zu mehrgeschossigem Bau verpflichtet werden. (keine einstöckigen Laden- und Gewerbebauten mehr!).

### **BEREITSTELLUNG DES BENÖTIGTEN RAUMES FÜR FLIESSGEWÄSSER**

Der Raumbedarf für Fließgewässer ist seit längerem auf Bundesstufe ein Thema. Im Kanton Thurgau werden momentan zwei Pilotprojekte bearbeitet. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Anforderungen für Gewässerräume. Nebst dem Raumbedarf, der ohne Einschränkungen zur Verfügung gestellt werden soll, sollen neben der Hochwassersicherheit auch die Erhöhung der Artenvielfalt sowie die Vernetzung eine wichtige Rolle spielen.

Gewässerräume sind für die Ökologie der Gewässer sehr wichtig (Dünger- und Herbizidverbote). Der Verlust an landwirtschaftlicher Produktionsfläche ist verglichen mit Verlust durch Bautätigkeit sehr gering: Gemäss «aqua viva» beträgt der Kulturlandverlust infolge Bautätigkeit 3'000 ha pro Jahr, für Revitalisierungen nur 25 ha pro Jahr respektive weniger als 1%. Teilweise können auch in Gewässerräumen landwirtschaftliche Nutzflächen anrechenbar bleiben, womit es für die Landwirte keinen Ertragsausfall gibt.

Wir fordern zudem griffige Massnahmen zur Erhöhung der Gewässerqualität. Mehrere kleinere Fließgewässer im Kanton Thurgau sind komplett «tot», enthalten weder Fische noch andere Kleinlebewesen. Die Ursachen müssen konsequent aufgespürt und beseitigt werden, die Wiederbelebung dieser «toten» Fließgewässer umgehend an die Hand genommen werden.

### **UMSETZUNG DER BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE DES BUNDES IM KANTON THURGAU**

Wir setzen uns ein für die Erhöhung der Artenvielfalt. Die Biodiversitätsstrategie des Bundes wurde bereits vor vier Jahren verabschiedet und vor einem Jahr den Kantonen zur Stellungnahme zugestellt. Der Bund beabsichtigt ab 2017 Sofortmassnahmen in der Höhe von 79 Mio. Franken pro Jahr umzusetzen für ökologische Infrastruktur, die Minderung schädlicher Nutzungen, die Unterstützung gefährdeter Arten und die Sensibilisierung der Bevölkerung. Mit weiteren 20-40 Mio. jährlich sollen ab 2017 Sofortmassnahmen zur Behebung des Vollzugsdefizits Sanierung und Unterhalt der Lebensräume ergriffen werden.

Diese Zahlen zeigen deutlich, wie ernst der Bund die Situation betrachtet. Naturschutz ist aber eine Verbundaufgabe: Der Bund zahlt nur, sofern auch die Kantone ihren Mitteleinsatz entsprechend erhöhen und sich beteiligen.



Wir setzen uns dafür ein, dass im Kanton Thurgau die Massnahmenpunkte konsequent umgesetzt werden. Der Kanton Thurgau soll seinen Beitrag leisten und die geforderten Geldmittel uneingeschränkt zur Verfügung stellen sowie die Umsetzung beaufsichtigen. Es ist höchste Zeit zu handeln, auch bei angespannter Finanzlage. Die Naturgesetze richten sich nicht nach Finanzlagen und ein Handeln ist dringend notwendig.

**Die Lebensqualität geht uns alle an, wir setzen uns ein, dass diese erhalten bleibt.**